

SPENDEN

## Verdächtige Tieropfer

Nach den Durchsuchungen bei der islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) gehen Ermittler dem Verdacht nach, dass Spendengelder für rituelle Schafsoffer in großem Stil veruntreut wurden. Zudem sollen Sozialversicherungsbeiträge vieler Imame in IGMG-Gemeinden einbehalten worden sein. Ermittler sehen Anhaltspunkte dafür, dass Milli-Görüş-Gemeinden von Zehntausenden Muslimen jeweils hundert Euro für ein Tieropfer einsammelten. Die Spendengelder sollen aber teilweise für andere Zwecke verwendet worden sein. Es bestehe zudem der Anfangsverdacht, dass die IGMG nur für zehn Prozent ihrer haupt- und nebenamtlichen Imame die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung ordnungsgemäß abgeführt habe. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Köln wollte Details mit Hinweis auf die laufenden Ermittlungen weder bestätigen noch dementieren. Der IGMG-Generalsekretär Oguz Üçüncü sagte, die Vorwürfe seien „Inhalt des Durchsuchungsbeschlusses“. Er wies alle Vorwürfe als „völlig haltlos“ zurück und sprach von einer „Rufmordkampagne“. Auf ihrer Internetseite berichtet die IGMG, in ihrer diesjährigen „Opfertierkampagne“ seien insgesamt 82.363 Opfertiere gespendet und „unter den Bedürftigen in aller



MAJID SAEEDI / GETTY IMAGES

### Opferschafe

Welt“ verteilt worden. Jeder Muslim ist angehalten, zum Opferfest einmal im Jahr ein Tier entweder selbst oder von anderen schlachten zu lassen. Sollte es dabei zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein, wäre das „ein ungeheuerlicher Vertrauensmissbrauch und ein ernster Verstoß gegen religiöse Sitten“, sagt der Islamwissenschaftler Michael Kiefer. Die Kölner Staatsanwaltschaft hatte am vergangenen Mittwoch bundesweit 26 Büros und Privaträume der IGMG durchsucht.



JOCHEN ZICK / KEystone

DEUTSCHE BAHN

## Kohle statt Ökostrom

Trotz eines bundesweit steigenden Anteils von Ökostrom werden die Züge der Deutschen Bahn weiter hauptsächlich mit Strom aus Kohle- und Kernkraftwerken betrieben. So hat die Bahn, einer der größten Stromverbraucher Deutschlands, jüngst einen Vertrag mit den Betreibern des neuen Steinkohlekraftwerks in Mannheim abgeschlossen. Auch das umstrittene E.on-Kohlekraftwerk in Datteln soll langfristig erhebliche Mengen Strom liefern. Die Bahn rechtfertigt diese Verträge damit, dass der Wirkungsgrad bei den neuen Kohlekraftwerken deutlich höher sei als bei den bisher genutzten Anlagen. Pro Kilowattstunde Bahnstrom entstehe weniger Kohlendioxid. Zudem setzt das Unternehmen in Bezug auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz darauf, dass das Kernkraftwerk Neckarwestheim 1 über 2010 hinaus fortbetrieben wird. Von dort bezog die Bahn 2008 rund 15 Prozent ihres Stroms, wodurch zwar Atommüll, aber kaum CO<sub>2</sub> entstand. Kritiker im Unternehmen, Umweltverbände und die Grünen fordern eine gezielte Ausbastrategie für Ökostrom, um die Bahn möglichst bald ausschließlich mit regenerativer Energie zu betreiben. Zwar ist sie dem Auto bezüglich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes deutlich überlegen, doch im Vergleich mit anderen europäischen Bahngesellschaften gehört sie zu den Schlusslichtern. Einer neuen Studie des TÜV zufolge kommen derzeit rund 21 Prozent des Bahnstroms aus erneuerbaren Energien, 5 Prozent mehr als bisher angegeben. 24 Prozent des Stroms stammen aus Atomkraft, 54 Prozent aus Kohle. Zwar will die Bahn bis 2050 „CO<sub>2</sub>-neutral“ sein. Konkrete Ziele, wie schnell der Anteil von Ökostrom steigen soll, hat sich die Deutsche Bahn bisher aber nicht gesetzt.

PARTEIEN

## Aufstand gegen Pauli

Der bayerischen Polit-Rebellin Gabriele Pauli droht die eigene Partei abhandenzukommen. In einem Brief an Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) fordern führende Köpfe der neuen Pauli-Truppe Freie Union das Verbot der eigenen Gruppierung. Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Josef Brunner, Heike Seise und Peter Frühwald sowie der Bundesschriftführer Daniel Schreiner stufen die Freie Union in dem Schreiben als „verfassungsfeindliche Partei“ ein, gegen die der Minister vorgehen müsse. Die vier Abtrünnigen werfen der Chefin diktatorische Anflüge vor. So habe Pauli in einer Sitzung des Bundesvorstands verkündet: „Ich bin die Partei.“ Es gebe in der Union keine direkte Kommunikation, eine un-

durchsichtige Finanzführung, ständige Querelen in den Landesverbänden sowie reihenweise Aus- und Rücktritte. Die Satzung der Partei sei in mehreren Punkten verfassungswidrig. Sie verstöße gegen das Grundgesetz und das Parteiengesetz, meinen die Vorstände. Die vier Aussteiger wurden unterdessen vorläufig von ihren Ämtern suspendiert und ihrer Mitgliederrechte entzogen.



TOBIAS HASE / PICTURE ALLIANCE / DPA